Nr. 239
95. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Montag, den 15. Oktober 1923

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 20 000 000 deutsche Mk., f. poln. Oberschl. 8 000 poln. Mk.

Der oberschlesische Wanderer

Heute: Sport in Oberschlesien

Aelteste, meistgelesene Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis für die Woche vom 15.—21. Oktober in Deutsch-Oberschlesien hundert Millionen deutsche Mark, in Poln.-Oberschl. 35000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. — —

Anzeigenpreise: Schlüsselzahl 600000. Grundzahl: Die einspaltige mm-Zeile in Deutsch-Oberschl. für auswärt. Anzeigen 40 Mk., für Ortsanzeigen 25 Mk., Reklame-mm-Zeile für ausw. Anzeig. 120 Mk., für Ortsanzeig. 70 Mk., Amtl. Finanz- u. Heilmittelanzeigen 50 Mk. In Poln.-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen 3000 poln. Mk., für Ortsanz. 2500 poln. Mk. ohne Schlüsselzahl. Angebots- und Auskunftsvermittlg. 1 000 000 Mk. und Porto. Beilagengebühr 2 000 000 M. ‰. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Scharfe Maßnahmen der Regierung

Das Ermächtigungsgesetz angenommen — Keine Reichstagsauflösung — Wirtschafts-Diktatur

G. Berlin, 15. Oktober. (Eig. Ber.) Die ersten Notmaßnahmen der Regierung bestehen in 5 Verordnungen, welche in das Wirtschaftsleben scharf einschneiden. Sie fußen durchgängig auf Maßnahmen gegen den Mißbrauch der bisher mit Multiplikator, Schlüsselzahl usw. gemacht wurde. Preise für Fabrikanten bis zum Kleinhändler, Hotels und Verkehrsgeschäfte werden behördlich festgelegt. Scharfe Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen sind vorgesehen, u. a. Schließung der Betriebe. Die Veröffentlichung dieser Verordnung ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

(Und die Eisenbahn- und Post-Tarife der Regierung selbst? D. Red.)

Abbau der Aemter

R. Berlin, 13. Oktober.

Aus hohen Verwaltungsstellen erhalten wir folgende Betrachtung:

Zu den Notverordnungen, die in den Reichsämtern fix und fertig im Entwurf vorliegen und die in kürzester Frist herausgebracht werden sollen, gleichviel welchen Verlauf der parlamentarische Kampf um das Ermächtigungsgesetz nimmt, gehören auch die weitgehendsten Sparsamkeitsmaßnahmen. Reichskanzler Stresemann läßt auf verschiedene Anfragen hin keinen Zweifel darüber, daß in seinem Sparprogramm an erster Stelle die Auflassung aller überflüssigen Beamtenstellen, Angestelltenposten und Sinekuren steht. Das Schreckenswort Entlassung braucht aber in weiten Beamtenkreisen durchaus keine Panik hervorzurufen. Es soll mit möglichster Schonung verfahren werden; man will alles aufbieten, um die Betroffenen in andere Berufe überzuführen und die Härten des Stellungswechsels auszugleichen.

Die öffentliche Meinung hat sich in letzter Zeit besonders scharf gegen die Beamtengehälter gewendet. Aber diese stellen immer noch in ihrer überwiegenden Mehrheit eine produktive Ausgabe dar. Der Staat erhält für sie eine Gegenleistung, und es besteht nach wie vor ein allgemeines Interesse, die Beamten so zu entlohnen, daß die bei der rasenden Geldentwertung nicht die Lust zur Arbeit verlieren und auf Nebenentnahmen ausgehen. Auf keinen Fall darf aber der Zustand weiterbestehen, daß z. B. der Wartegeldempfänger, der in einem freien Beruf eine auskömmliche Einnahme gefunden hat, noch nebenbei vier Fünftel seines zuständigen Beamtengehaltes laufend weiter bezieht, oder daß der Beamte, der irgend einem Parlament angehört, neben seinem normalen Einkünften alle Diäten und sonstigen Vorteile, wie den Freifahrschein genießt, während der Staat obendrein für einen Stellvertreter für ihn sorgt.

Wirtschaftlich ist es auch nicht zu rechtfertigen, wenn z. B. ein reicher Großgrundbesitzer lebenslang eine hohe Pension empfängt, weil er ehemals Offizier war. Ferner im alten Deutschland ist grundsätzlich nur die Leistung ohne Rücksicht auf die privaten Verhältnisse bezahlt worden. Sinngemäß gilt dies für Pension und Wartegeld. Heute ist dieser Grundsatz bekanntlich durchbrochen. Man möge darüber denken wie man will: der Verheiratete und Familienvater erhält Zulagen. Aus dieser sozialen Tendenzung des Besoldungsrechts muß aber ein Staat, wie das deutsche Reich, das sparen muß, um nicht vollständig zu verlumpen, das Recht ableiten, auch die Pension von der wirtschaftlichen Bedürftigkeit des einzelnen abhängig zu machen. Vor dem Kriege pflegten wohlhabende Männer, wenn sie aus dem öffentlichen Dienst ausschieden, auf die Pension zu verzichten. Jedenfalls wurde es ihnen verdacht, wenn die es nicht taten. Heute ist man darin weniger empfindlich. Aber bei der verzweifelten Lage des Staates ist ein Schmarotzer an der Gesamtheit, wer Pension bezieht, ohne darauf dringend angewiesen zu sein. Wie viele früh Pensionierte oder Beamte auf Wartegeld haben ihre fetten Posten in Handel und Industrie auf grund der früheren Beziehungen und Titel verlangt. Soll ihr neues Einkommen nicht auf die Pension oder Wartegeld in Anrechnung kommen?

Und nun die Herren Volksvertreter. Ihre Entlohnung bewegt sich seit Jahr und Tag in umgekehrter Richtung wie ihre Bedeutung für die Rettung des Vaterlandes. Ihre Tätigkeit war ursprünglich ein Ehrenamt. Dann kam die Freifahrt auf der Eisenbahn. Dann die Tagegelder, die sie sich selbst als beschließende Gesetzgeber immer reichlicher gewährten. Soeben ist mitten in den Wirren der Koalitionskreise — die Oeffentlichkeit hat es kaum bemerkt — von der Reichstagsmehrheit ein Antrag abgelehnt worden, der die Tagegelder nur für die eigentlichen Sitzungstage ausgezahlt wissen wollte. Das war kein guter Anfang der Sparpolitik, und es muß demnächst ganz anders werden. Verschwinden müssen die Doppelbesoldungen durch gleichzeitig ausgeübte andere öffentliche Aemter. Verschwinden muß die große Belegschaft gewisser auswärtiger Vertretungen. Das arm gewordene Reich braucht nicht wie früher voll zur präsentieren. Spartanische Einfachheit macht draußen nur guten Eindruck. Im Innern verlangt der um seine Existenz ringende Steuerzahler, daß alle überflüssigen Behörden eingezogen und die bisher soviel mit Leerlaufarbeiten beschäftigten Beamten in produktive Stellen gebracht werden und zwar durch diktatorische Maßnahmen von oben. Mit Sparkommissaren hat man schlechte Erfahrungen gemacht. Der Kanzler muß sein eigener Spardiktator werden.

Wirtschaftliche Diktatur

R. Berlin, 15. Oktober. (Privattelegramm) Nachdem das Ermächtigungsgesetz vom Reichstag angenommen ist, hat das Reichskabinett noch am Samstag Abend fünf weiteren Verordnungen zugestimmt, die den Ausnahmezustand, der bisher nur militärisch besteht, auch auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen. Ueber den Inhalt der neuen Verordnungen hat der Reichskanzler Samstag Abend eine Reihe Abgeordneter vertraulich informiert, ihre Veröffentlichung erfolgt, sobald die Vorbedingungen bei den Bundesregierungen zur Zwangsdurchführung der Dekrete abgeschlossen sind, was schon für die nächsten Tage erwartet wird.

Die neue Währung

TU. Berlin, 15. Oktbr. Im Reichs-Finanzministerium sind die Beratungen über die Neueinführung des neuen Zahlungsmittels zu einem Abschluß gediehen, sodaß mit der Einführung der neuen Währung für Dienstag gerechnet werden kann. Diese Vorschläge der Sachverständigen unterliegen heute der Beschlußfassung des Reichskabinetts.

Heuchelei der Franzosen

T.-U. Paris, 15. Oktober. (Eig. Ber.) Präsident Millerand erklärte gestern in einer Ansprache, die er in der Ortschaft Louviers gehalten hatte, u. a. folgendes: Die aufeinanderfolgenden Regierungen Frankreichs mußten einen so offenbar festen Willen seitens des Reiches und eine so unbestreitbare Ehrlichkeit feststellen, daß wir gegen unseren Wunsch (??) zum Zwange unsere Zuflucht ergreifen mußten. Wir haben unsere Zuflucht dazu ergriffen, weil uns kein anderes Mittel übrig blieb. Da man uns einmal dazu gezwungen hat, so muß man wohl wissen, daß wir die ergriffenen Pfänder erst freigeben, sobald die Schulden abgezahlt sind. Das sind wir der Gerechtigkeit, wir sind es Frankreich schuldig und unseren Toten. Wie sie werden wir bis zum Ende aushalten, und wie sie werden wir die Sieger sein.

Italiens Anteilnahme am Beutezug

(:) Zürich, 15. Okt. (Privattelegramm.) Der Mailänder Secolo meldet aus Paris, der italienische Vertreter in der Reparationskommission sei vom Ministerrat in Rom angewiesen worden für den französischen Antrag zu stimmen, der Deutschland die nachträgliche Leistung der seit Januar an Frankreich ausgebliebenen Sachlieferungen auferlegen soll.

Zuspitzung gegen Sachsen

:: Berlin, 15. Okt. Mit der Frage der Reichsexekutive gegen Sachsen hat sich das Kabinett noch nicht befaßt, die Exekutive würde erfolgen, sobald noch die geringste Handlung der sächsischen Staatsmänner gegen die Anordnungen der Reichsregierung erfolgt. Die sächsische Regierung ist bereits aufgefordert, die Bildung der proletarischen Hundertschaften ohne Verzug rückgängig zu machen und die von ihr eingeleiteten Sonderverhandlungen mit Sowjet-Rußland sofort einzustellen. In letzterer Tatsache wird vom Reich der Versuch des Hochverrats erblickt.

Verbotene Kommunistentagung

TU. Leipzig, 15. Okt. Der von den Kommunisten auf den 18. Oktober einberufene Betriebsräte-Kongreß für Sachsen und Thüringen ist vom Befehlshaber des Wehrkreises verboten worden.

Drohungen der Kommunisten

:: Dresden, 13. Okt. Im sächsischen Erzgebirge und im Vogtlande scheinen sich sehr ernste Dinge vorzubereiten. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, haben die Kommunisten beispielsweise die Namen hervorragender Industrieller in eine Geiselliste aufgenommen. Diese Herren sollen sofort als Geiseln verhaftet werden, falls die Reichswehr nach jenen Gebieten in Marsch gesetzt werden sollte.

Ein Wendepunkt

Unterstützungszusage der Engländer.

= London, 14. Oktober. Der Sonderberichterstatter der „Daily News" in Berlin erklärt, von vertrauenswürdiger Seite erfahren zu haben, daß Groß-Britannien entschlossen sei, der deutschen Regierung jetzt die moralische Unterstützung angedeihen zu lassen, die sie verdiene. Die britische Botschaft in Berlin habe der Reichsregierung mitgeteilt, daß die englische Regierung bereit sei, mit Deutschland ein Sonderabkommen über die Wiederaufnahme der Arbeit in der englischen Besatzungszone und namentlich über die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs zu treffen. Einzelheiten sind noch nicht bekannt, aber die Tatsache selbst soll über jeden Zweifel erhaben sein.

(Englische Versprechungen sind bei uns längst auf dem Nullpunkt des Vertrauens angekommen, auf der Einschätzung. — die sie verdienen.)

Das neue Arbeitszeitgesetz

Die wesentlichen Bestimmungen des Regierungsentwurfs.

Von berufener Seite erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Rettung Deutschlands vor dem völligen Untergang erfordert schleunigste Durchführung von währungs-, finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Auf allen diesen Gebieten soll gleichzeitig gehandelt werden. Auch von der Seite der Arbeitsleistung sind Opfer zur Rettung des Volkes vor Hunger und Elend unvermeidlich. Die rechtlichen Voraussetzungen dazu soll der Reichstag unmittelbar nach Ablauf der gestern eingetretenen vorübergehenden Vertagung schaffen. Zu dem Ende hat die Reichsregierung im Reichsrat und Reichstag den Entwurf eines vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit vorgelegt.

Der Entwurf beruht auf Abmachungen der Koalitionsparteien, die am Freitag, den 5. Oktober getroffen wurden, knüpft an die Verordnung vom 23. November 1918 an und stellt im § 1 den Grundsatz des Achtstundentages und der Achtundvierzigstundenwoche voran. Dieser Grundsatz erleidet Einschränkungen bei Notfällen, ferner bei unvermeidlichen Vorbereitungs- und Abschlußarbeiten zur Bewachung und Inganggesetzung von Betriebsanlagen, zur Beaufsichtigung usw. (§ 4). Ferner soll den Arbeitgebern zwecks Anpassung an die Konjunktur die Möglichkeit gegeben werden, an einer beschränkten Zahl von Tagen Mehrarbeit leisten zu lassen (§ 3). Derartige Einschränkungen dieser Art sind im Grunde genommen nichts neues. Ueber deren Berechtigung war man sich schon längst grundsätzlich einig, höchstens das Maß war strittig.

Eine weitgehende Uebereinstimmung bestand auch schon lange darüber, daß für den Fall „erheblicher Arbeitsbereitschaft" eine längere als achtstündige Arbeitszeit vorgesehen werden müsse. Diesem Erfordernis trägt der Entwurf im § 2 Rechnung.

Förmliche Ausnahmen vom achtstündigen Arbeitstag sind in der Vorlage auf zweifachem Wege vorgesehen:

1. durch

Tarifverträge

(§ 5). Dazu hatten sich bei den bisherigen Beratungen der Arbeitszeitfrage im Reichswirtschaftsrat die Arbeitnehmer einhellig bereitgefunden. Für den Fall, daß es zu solchen tariflichen Abmachungen aus irgendwelchen Gründen und Umständen nicht kommt, daß aber auf der anderen Seite eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit zur Leistung der Mehrarbeit besteht, sieht die Vorlage

2. auch Ausnahmen durch behördliche Maßnahmen vor (§ 6). Dieser Weg ist unvermeidlich, wenn eine gewisse Gleichmäßigkeit gewahrt werden soll. Er entspricht auch den Abmachungen der Koalitionsparteien.

Sowohl gegenüber den tariflichen wie den behördlichen Ausnahmen zieht die Vorlage aus Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Arbeiter sowie auf die Schwere der Arbeitsleistung klare Grenzen (§ 7 bis 9). Für den Bergbau unter Tage sowie für alle Arbeiter, „die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub u. dgl. ausgesetzt sind", muß am Achtstundentag festgehalten werden. Hier ist höchstens vorübergehende Ueberarbeit in dringenden Fällen ermöglicht. Für den Bergbau sind an besonders schwierigen Betriebspunkten noch weitere Verkürzungen vorgesehen (§ 8). Endlich sind, abgesehen von der Arbeiterschaft, für alle Ausnahmen, sowohl auf tariflichem wie auf behördlichem Wege, zehn Stunden als Höchstgrenze einschließlich der Mehrarbeit bestimmt (§ 9). Für Betriebe der Körperschaften des öffentlichen Rechts steht die Ausübung der den Behörden übertragenen Befugnisse der vorgesetzten Dienstbehörde zu (§ 12).

Es wird nunmehr Aufgabe des Reichstags sein, diese Vorlage baldmöglichst zu verabschieden. Dadurch würde den Tarifparteien der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Möglichkeit gegeben, ohne schwere Kämpfe die Verständigung über die unerläßliche Mehrarbeit zu finden und das deutsche Volk über die gegenwärtige Wirtschafts- und Staatskrise allerschlimmster Art hinwegzuführen. Was auf diesem Wege von der Arbeiterschaft an Mehrleistung gefordert wird, soll den breiten Volksmassen wieder zugute kommen. Mehrarbeit soll den Gütervorrat vermehren, die Waren verbilligen, die Konsummöglichkeiten steigern und dadurch letzten Endes auch die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Frankreich wartet ab

(:) Genf, 15. Oktober. (Privattelegramm) Echo de Paris meldet, daß Poincaré am Freitag im Ministerrat über den Besuch des deutschen Geschäftsträgers Bericht erstattet habe. Der Ministerrat habe sich geeinigt, vor Weiterverfolgung der deutschen Anregung die Entwicklung der Dinge im Ruhrrevier abzuwarten, die so günstig ständen, daß man in den nächsten Tagen mit dem Abschluß weiterer Lieferungsverträge bestimmt rechne.